Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur

Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte

Band: 16 (1936-1937)

Heft: 1

Rubrik: Wehrpolitische Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 02.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

bitte leisten. Seitdem gebärdet sich der tschechische Kommunismus wieder sehr staatssiendlich, sodaß am letten Sonntag ein tschechischer sozialistischer Minister gereizt erklären konnte, die Regierung wäre schon zufrieden, wenn die lieben Kommunisten der tschechischen Armee nur halb so viel Zuneigung entgegenbringen würden wie der roten Sowjetarmee. Über diesen rührenden Zustand hinaus ist es bereits in Spanien gekommen, wo die Volksfront heute an der Regierung ist und wo versbrannte Kirchen, Parteihäuser der Rechten usw. dazu die Beleuchtung liesern, während wilde Ausschreitungen der Linken gegen Rechtskreise sür die nötige Untershaltung sorgen.

Wenn es so weiter geht, so werden immer weitere europäische Staaten vor die Wahl gestellt werden, ob sie im Kommunismus untergehen oder ihr Heil beim Fascismus suchen wollen.

* *

Am nächsten Sonntag wird offenbar auch Frankreich auf diesem Wege einen Schritt vorwärts tun. Wenn nicht alles trügt, so wird dort der Linksblock gegenüber der völlig zersplitterten Rechten einen starken Schritt vorwärts tun. Dann wird es vielleicht auch Zeit sein, endlich an Stelle der übergangsregierungen der Mitte eine ausgesprochene Linksregierung zu bilden. Damit aber wird die Auseinanderssehung zwischen Links und Rechts in Frankreich wieder in Fluß kommen. Ebenso aber wird eine französische Linksregierung in der Außenpolitik wohl nicht die Wege des Herrn Flandin wandeln. So wird man mit Spannung der Entscheidung vom Sonntag entgegensehen, die zeigen wird, wie der französische Bürger auf die Nöte der vergangenen Jahre nun mit dem Stimmzettel antwortet.

Marau, ben 22. April 1936.

heftor Ummann.

Mehrpolitische Rundschau

Die neue Wehrvorlage.

Die Besetung der einstmals entmilitarisierten Rheinlandzone durch deutsche Truppen am 7. und 8. März hat Europa hart an den Kand eines Krieges gesührt. Frankreichs Zivilstrategen verlangten die sosortige Mobilmachung von einigen Jahrsgängen und den Einmarsch sranzösischer Truppen ins Rheinland. Deutscherseits soll man sich auf diese Möglichkeit gesaßt gemacht haben. So verlautet denn, die im Rheinland einmarschierenden Truppen hätten nicht nur scharse Munition mit sich geführt (300 Schuß pro Geschüß), sondern hätten auch zwei verschiedene Marschsbesehle besessen, einen sür den friedlichen Einmarsch ins Rheinland und einen ansdern sür den Fall französischen Widerstandes! Die Entscheidung über Krieg oder Frieden hing an einem Haar wie schon so oft in den letzten Jahren. Diesmal war es die französische Generalität, die den Eiser der Zivilstrategen hemmte und die Berantwortung für eine Mobilmachung und einen Einmarsch ins Rheinland nicht übernehmen wollte, weil die Streitkräfte den sicheren Folgen eines solchen Untersnehmens nicht gewachsen seien, und die also auf diese Weise Europa sür den Augensblick den Frieden gerettet hat.

Für den Augenblick ist wohl die Kriegsgefahr vorüber, aber sie kann jeden Augenblick an irgend einer Ecke Europas wieder auftauchen. Die historischen Tage um das Märzwochenende haben wieder einmal schlagartig die Labilität der europäischen Lage beleuchtet und gezeigt, wie viel Explosivstoff allerorts angehäuft ift, um den herum überall mutwillig mit dem Feuer gespielt wird. Die Wiedereinsühstung der allgemeinen Wehrpflicht in Österreich unter dem Patronat Mussolinistund unter Abstreifung der militärischen Fesseln des Vertrages von St. Germain trop des zu erwartenden Protestes der Kleinen Entente bestätigt nur diesen Gessamteindruck.

Sofern nicht noch ein Wunder geschieht, scheint Europa wieder mit ziemlicher Sicherheit einem neuen Kriege entgegenzugehen. Das zwingt auch uns Schweizer zu entsprechenden Magnahmen, um durch die Ereignisse nicht überrascht zu werden, sondern ihnen vorbereitet und gerüstet entgegentreten zu können. Man scheint auch im Bundeshaus die Lage Europas als sehr gefährlich zu betrachten und ist daher entichlossen, die nötigen Konsequenzen für unser Land zu ziehen. Sie können nur in ber Richtung einer weiteren Berftärfung unserer Landesverteibigung jum Schute unserer Unabhängigkeit und Neutralität gesucht werden. Schon die 1933 beschlossenen außerordentlichen Aufwendungen zur besseren Bewaffnung und Ausruftung unserer Armee im Betrage von 97 Millionen Franken, die Berlangerung und Berbesserung unserer militärischen Ausbildung und die Inangriffnahme von Grenzbesestigungen erfolgten im Hinblick auf die Möglichkeit oder sogar Wahrscheinlichkeit eines neuen Krieges in Europa. Die seither eingetretenen Berschärfungen der internationalen Lage haben den Bundesrat bewogen, noch größere Unstrengungen zur Berstärtung unserer Landesverteidigung zu unternehmen. Wie der Chef des Militärdepartementes ausführte, muß ein neuer außerordentlicher Wehr= tredit in der Höhe von 235 Millionen Franken verlangt werden, der vor allem für materielle Anschaffungen und Auswendungen bestimmt ist: Berdop= pelung der Zahl der Flugzeuge, Anschaffung von Flakartillerie, Vermehrung der schweren Artisserie, weitere Grenzbesestigungen usw. Unabhängig hievon hat der Bundesrat die sosortige Anschaffung von 40 neuen Kampfflugzeugen eines in Thun fonstruierten leistungsfähigen Typs C 35 aus Mitteln des Erneuerungsfonds für Flugzeuge beschlossen.

Die Schweiz steht somit vor Auswendungen für ihre Landesverteibigung in einem bisher ungekannten Ausmaß. Daß sie unumgänglich notwendig sind, ist gerade in diesen Heften immer wieder nachdrücklich betont worden und kann versnünftigerweise nicht bestritten werden. Schwierigkeiten dürste bei unseren knappen Finanzen vor allem die Aufbringung der nötigen Mittel machen. Der bereits geäußerte Gedanke einer besonderen Wehranleihe scheint uns ein sehr glücklicher Weg zu sein, besonders wenn die Anleihe in so kleine Abschnitte zerfällt, daß es nicht nur den begüterten Schichten, sondern auch einem breiten Mittelstand mit bescheidenen Ersparnissen möglich sein wird, sich an dieser Wehranleihe zu besteiligen und so sein Scherslein beizutragen zur Verstärkung unserer Landesverteis bigung und damit zur Erhöhung unserer Sicherheit.

Während die materiellen Auswirfungen dieses neuen Kredites sich erst nach einiger Zeit zeigen werden, ist eine moralische Auswirfung sosort erkennbar. Sie wird umso stärker sein, je einmütiger und geschlossener der Kredit in den eidgenössischen Käten bewilligt wird und je höher sich die Zeichnungen für diese Wehranleihe belausen werden. Besonders in der Wirkung auf das Ausland sind diese Faktoren von großer Bedeutung. Man wird aus ihnen erkennen können und an
ihnen messen wollen, wie weit der entschlossene Wehrwille des Bundesrates auch
in der Bevölkerung vorhanden sei. Es braucht wohl nicht besonders darauf hingewiesen zu werden, daß die Achtung oder Nichtachtung unserer Neutralität in einem Kriegsfalle ganz wesentlich von der Einschähung unseres Wehrwillens abhängen
wird. Umso bedauerlicher ist es, daß der angekündigte neue Wehrkredit nicht überall
unbedingt begrüßt worden ist. Neben der kommunistischen Presse ist auch ein
Teil der sozialistischen Presse, der selbst in diesen Zeiten nur die parteipolitischen
Interessen im Auge hat und dem Bundesrat wie der Armee gegenüber sein Mißtrauen ausdrückt, um dann wohl mit der Zustimmung zum Wehrkredit ein parteipolitisches Geschäft erpressen zu können. Es ist ein geradezu landesverräterisches Spiel, das da von gewissen strupellosen Führern der Sozialdemokratie getrieben wird in einem Augenblick, wo lebenswichtige Interessen unseres Landes auf dem Spiele stehen. Ständerat Klötis Wort von der "Schindluderei", das er anläßlich der Ablehnung der Ausbildungsvorlage durch einen sozialdemokratischen Parteitag gebraucht hat, wäre auch heute wieder am Plaze!

Das Schweizervolk verlangt von den beiden Kammern seines Parlamentes umsomehr eine Billigung des bundesrätlichen Kreditbegehrens im vollen Umfange von 235 Millionen Franken, als dieses Begehren bereits eine Kompromißlösung darstellt zwischen dem, was die militärischen Stellen verlangt haben, und dem, was die politische Leitung des Militärdepartementes für tragbar hielt. Die ursprüngliche Forderung der militärischen Fachleute soll das heutige Begehren noch um volle dreißig Prozent übertroffen haben! Wir bedauern, daß die politischen Instanzen die Begehren der militärischen Stellen nicht in vollem Umfange an die Käte weiterleiten. Umsomehr muß von den Käten verlangt werden, daß sie nicht neuerdings Ubstriche vornehmen, sondern das Begehren des Bundesrates als ein Minimum respektieren und unverändert annehmen.

Wenn unser Land heute vor riesengroßen Auswendungen sur seine Landessverteidigung steht und innert drei Jahren 432 Millionen Franken allein an außersordentlichen Wehrausgaben bereit stellen muß, so hat es dies allein der Kurzsichtigskeit früherer Jahre zu verdanken. Als es uns gut ging, glaubten wir allzulange, die Armee könne stagnieren, und als unsere wirtschaftliche und finanzielle Lage schlechter zu werden begann, da versuchte man noch nach Krämer Art und Weise, die Militärausgaben auf eine bestimmte Maximalhöhe zu sizieren. Ein am salschen Ort eingesetzter Sparwille und das idealistisch utopische Vertrauen auf den Genser Völkerbund und seine Abrüstungsbestrebungen ließen uns den günstigsten Zeitpunkt zum schrittweisen Ausdau unserer Landesverteidigung verpassen, weshalb wir heute alles Versäumte in einer gewaltigen Krastanstrengung nachsholen müssen. Selbst ein Abteilungschef des Eidgenössischen Militärdepartementes hat dies Versäumnis vor einigen Monaten zugeben müssen mit der Erklärung:

"Wir sind mit dem aktiven Luftschutz vier Jahre im Rückstand, weil die Schweiz als Sitz des Bölkerbundes nicht durch ihre Aufrüstung auffallen wollte und weil unsere Landesbehörden stets gehofft hatten, durch die Ab-rüstungskonferenz in Genf zu einem wirkungsvollen Resultat zu gelangen. Heute gilt es nun, diesen Rückstand einzuholen."

Was dieser Oberst für das Gebiet des aktiven Lustschutzes ausgeführt hat, gilt überhaupt für die gesamte Landesverteidigung, auf deren Ausdau man glaubte verzichten zu können, ohne zu bedenken, daß Stillstand sogar Rückschritt bedeutet. Wir wollen nicht weiter rechten und untersuchen, wer für den damaligen Stillstand verantwortlich ist, aber wir mußten auf dieses so schwerwiegende Versäumnis aufsmerksam machen, damit man sich umso eher anstrenge, das Versäumte nachzuholen und damit man sich der üblen Ersahrungen mit unserer Vertrauensseligkeit bei späteren ähnlichen Situationen als eines abschreckenden Beispieles erinnere!

Wir wissen nicht, eine wie große Frist uns noch beschieden ist, bis unsere Armee wiederum zum Schuße der Grenzen aufgeboten werden muß oder sogar die Probe auf ihren Wert und ihre Kriegstüchtigkeit zu bestehen hat. Nüßen wir daher jeden Tag zur Verstärkung unserer Wehrkraft mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Wir befinden uns politisch bereits in einer Art "Alarmzustand". Vershalten wir uns auch entsprechend durch Konzentrierung aller verfügbaren Kräfte auf den raschen Ausbau der Landesverteidigung!

4

Befestigungen vor Basels Toren.

Un der Nordwestede unseres Landes, in Bajel, fann einem die bedrohliche Situation Europas besonders eindringlich vor Augen treten, noch eindringlicher allerdings die wenig beneidenswerte Lage diefer Stadt, die fich als vorspringender Erter unferes Schweizerhauses wie ein Reil zwischen bas beutsche Martgräflerland und den frangojischen Sundgau schiebt. Schon vor dem 7. Marg lag in Huningen, sozusagen vor den Toren Basels, eine schwache Garnison von Truppen des 1935 neu gebildeten 171. Infanterieregiments. Der 8. März brachte dann auch beutiche Truppen in unmittelbare Rabe Basels, indem das III. Batailson des 14. Infanterieregimentes in Lörrach Quartier bezog. (Inzwischen ist ein Teil dieses Bataillons nach Müllheim disloziert worden.) Auf frangosischer Seite erfolgte vom 8. März an eine eigentliche tief gestaffelte Grenzbesetzung. Die Befestigungen ber Maginotlinie wurden besetzt und der Sundgau wurde durch einen Aufmarsch von Truppen aller Art in ein riefiges heerlager verwandelt. Der neugierige Baster fann nun bei einem Sonntagsfpaziergang in Lörrach ber Bachtablöjung beiwohnen, bem militärischen Betrieb in ben einzelnen Rompagniequartieren zuseben und bie Barritaden in verichiedenen babischen Dorfern besichtigen, um bann über die halb unterbrochene und nur für den Ruggangerverkehr geöffnete Schiffbrude nach Suningen hinüber zu pilgern, wo am Brudenende neben ben Boll- und Polizeiorganen ichon ein französischer Posten steht und zahlreiche spanische Reiter bereit liegen. Wanbert er bann weiter nach Sudwesten ber Schweizer Grenze entlang, stößt er überall auf französische Truppenkörper und auf dem beherrschenden Plateau von Boltensberg auf Artilleriestellungen, die auch die Bruden von Bajel unter geuer nehmen können, wie die "National-Zeitung" zur "Beruhigung" ihrer Leser mit-teilen konnte. Die Massierung französischer Truppen längs der Schweizer Grenze vom Rhein bis zum Blauen läßt erfennen, daß man frangofischerseits offenbar mit ber Möglichkeit eines beutschen Durchbruchversuches über Schweizergebiet unter Benütung der Brücken von Basel gerechnet hat!

Basel hat also nicht nur deutsche und französische Truppen in unmittelbarer Nachbarichaft und jogar noch im Bereich des ftädtischen Stragenbahnneges, sondern liegt auch im Feuerbereich frangofischer Geschüte, die bei Bolkensberg in Stellung find. Gleichzeitig ift in der Armeefommission der frangosischen Rammer die Wiederbefestigung von Süningen diskutiert worden, wobei der Ariegsminister, General Maurin, ankundigte, bag er die frangofischen Delegierten in London auf bas feit 1815 bestehende Besestigungsverbot für Suningen aufmerksam machen werde. Er fei der Ansicht, daß man die Gelegenheit der Besprechungen von London wahrnehmen muffe, um in diesem Punkte eine Anderung herbeizuführen, da diese Bestimmung heute überlebt sei! Die Angelegenheit ist dann auch von der außenpolitischen Rammerkommission aufgegriffen worden, die in einer amtlichen Mitteilung dem Buniche nach Befestigung der Grenzecke von Bajel Ausdruck gab. Nachdem sich dann die ichweizerische Presse einige Zeit mit der Süninger Befestigungsfrage befaßt hatte, murbe anfangs Upril plöglich gemelbet, der frangösische Botichafter in Bern, Graf Clauzel, habe anläglich eines Besuches im Politischen Des partement erklärt, Frankreich erachte sich an das Festungsbauverbot als gebunden und bente im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht baran, auf die Angelegenheit zurückzukommen. Daraufhin ließ der französische Botschafter in der "Suisse" auffallenberweise ausdrucklich dementieren, er habe in Bern betreffend Süningen eine Demarche unternommen. Das Dementi ist so unklar gehalten, daß man nicht weiß, ob nur der Charafter bes Besuches beim Politischen Departement als der einer Demarche oder ob überhaupt die ganze Meldung bestritten werden soll. Angesichts biefer Unklarheit können wir die Süninger Frage noch nicht als erledigt betrachten und haben alle Urfache, fie aufmerksam weiter zu verfolgen.

Seit 1680 unter Leitung des berühmten französischen Festungsbaumeisters

Vauban der Plat Hüningen unmittelbar unterhalb Basel auf dem linken Rheinsuser besestigt wurde und in verschiedenen Feldzügen eine Rolle spielte, fühlte sich Basel ständig beunruhigt. Verschiedentlich wurde bei den Kämpsen um Hüningen auch das neutrale Territorium der Schweiz verletzt, und bei den letzten Belasgerungen von Hüningen 1814 und 1815 wurde auch die Stadt Basel von den Geschützen der Festung bombardiert. Um Basel von der ständigen Gesahr zu besseien, die die Festung Hüningen sür sie bedeutete, bestimmte der 2. Pariser Verstrag vom 20. November 1815 u. a. zu Gunsten der Schweiz:

"Da die Festungswerke von Hüningen die Stadt Basel beständig in Unruhe versetzt haben, sind die hohen kontrahierenden Mächte, um der Schweiz einen neuen Beweis ihres Wohlwolsens und ihrer Vorsorge zu geben, unter sich übereingekommen, die Festungswerke von Hüningen niederreißen zu lassen und die französische Regierung macht sich aus dem nämlichen Beweggrund anheischig, sie niemals wieder herzustellen und wenigstens auf eine Entsernung von 3 Meilen von der Stadt keine anderen Festungswerke an ihrer Statt zu errichten."

Dieser Bestimmung hat nicht nur Frankreich nachgelebt, sondern zwischen 1871 und 1918 auch Deutschland als Rechtsnachfolger Frankreichs im Elsaß. Als dann Frankreich vor einigen Jahren die großartige Besestigung seiner Ostgrenze in Angriff nahm, beachtete es das Besestigungsverbot von 1815, indem es den obersten Abschnitt seiner Rheingrenze nicht besestigte, sodaß die Maginotlinie erst bei Kembs, etwa 10 Km. unterhalb von Basel, beginnt.

Die Hüninger Besestigungsfrage hat ein gewisses Gegenstück in der Besestigungsfrage der Höhenstellung von Tüllingen, zwischen Lörrach und Weil am Rhein. Vor rund 35 Jahren trug sich Deutschland mit der Absicht, diese Höhenstellung zu besestigen, wodurch Basel unmittelbar unter deutsche Geschütze zu liegen gekommen wäre. Man versuchte damals, das Hüninger Besestigungsverbot auch auf Tüllingen anzuwenden, was rechtlich natürlich nicht stichhaltig war. Trotze dem schonte Deutschland freiwillig die Empfindlichkeit der Schweiz und besestigte den Isteiner Klotz, 10 Km. unterhalb von Basel, an Stelle der Höhe von Tüllingen.

Heute ist nicht nur die Frage der Wiederbesesstigung von Hüningen akut, sons dern es ist auch von französischen Besestigungen im Raume Volkensberg-Pfirt die Rede, und man besürchtet wiederum deutsche Besestigungen bei Tüllingen. Was bedeuten diese Projekte für uns und wie können wir sie abwehren?

Ganz allgemein muß gesagt werden, daß es für die Schweiz und für Basel insbesondere höchst unangenehm und bedrohlich ist, wenn in Grenznähe auslänbijde Befestigungen entstehen, weil einesteils ber Rampf um folde Befestigungen leicht zu Neutralitätsverletungen führt, anderseits Besestigungen eine gewisse Bedrohung bedeuten, wenn Basel im Feuerbereich ihrer Geschütze liegt. Im Falle bon Buningen besitzen wir nun einen Rechtstitel auf die Unterlassung von irgendwelchen Befestigungen im Umtreis von 3 Meilen von Basel (4,5-5 Am.). Frankreich hat also fein Recht zur Wiederbefestigung. Auch wenn die Signatarmächte des 2. Parifer Bertrages: Breugen, Ofterreich, England und Rugland auf das Befestigungsverbot verzichten follten, so mußte Frankreich überdies auch die Buftimmung ber Schweis einholen, zu deren Gunften dieses Berbot errichtet wurde. Praktisch ist das Befestigungsverbot sowohl für Frankreich wie für bie Schweiz von geringer Bedeutung. Das "Loch von Basel" fann Frankreich schließen durch Befestigungen bei Bolfensberg, mehr als 5 Rm. von Basel entfernt, gegen die wir keine rechtlichen Cinwande erheben konnen. Das Befestigungsverbot ist also in der Tat "unzeitgemäß", und zwar nicht nur vom militärischen Standpunkt aus, sondern auch vom staats- und völkerrechtlichen Standpunkt aus, weil das Bestreben überhaupt dahin geht, derartige Beschränkungen der Sonveränität, besonders wenn sie einseitig sind, aufzuheben.

Den Interessen der Schweiz wäre am besten gedient mit der Schaffung entmilitarisierter Zonen beibseits der deutschefrangosischen Grenze nach dem Borichlag hitlers vom 7. Märg. Da aber biefer Borichlag überhaupt teine Aussicht auf Berwirklichung hat, muffen wir auf andere Beise versuchen, den schweizerischen Interessen Nachachtung zu verschaffen, wobei wir uns nicht darauf beschränken burfen, lediglich einer Wiederbefestigung von Suningen gestütt auf unseren Rechtstitel Widerstand zu leisten. Wir sollten vielmehr wie vor 35 Jahren sowohl in Paris wie in Berlin vorstellig werden, auf die unangenehme Lage Basels aufmerksam machen und von beiden Regierungen einen freiwilligen Berzicht auf Befestigungen in einem gewissen Umtreis von Basel zu erreichen suchen. Wir können uns allerdings von folden Unterhandlungen nur Erfolg versprechen, wenn die Schweiz gleichzeitig garantieren fann, daß fie jeden Bersuch eines Durchbruches ausländischer Truppen unter Benützung der Brücken von Bajel verhindern kann. Dazu aber sind besondere Sicherheitsmaßnahmen von schweizerischer Seite nötig. Durch eine Grenzschutzorganisation, wie sie anderorts möglich ist und geschaffen wird, kann Basel nicht geschütt werden, da seine Bororte zum Teil bis an die Landesgrenze reichen und irgendeine Tiefenstaffelung nicht möglich ist. Der Schut von Basel muß daher auf andere Beise gesucht werden. Genieoberst Lecomte hat vor 11/2 Jahren in der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung vorgeschlagen, füblich und öftlich von Bafel, auf bem Plateau bes Gempen und am Blauen Befestigungen zu errichten mit weittragender Artillerie, die die in Basel zusammenlaufenden Stragen mit ihrem Feuer beherrichen. Sollte es aus irgend einem Grunde nicht gelingen, die Bruden von Bajel rechtzeitig zu iprengen, jo murbe boch irgend einem Angreifer ber Besit ber Bruden von Bafel nichts nuten, folange sie und ihre Unmarschstraßen unter bem Feuer schwerer Artillerie liegen. Diese Forts auf bem Gempen und Blauen mußten nach ben mobernsten Ansichten errichtet und mit einer ständigen Sicherheitswache verseben werden. Die Rolle, die heute frangofischer Artillerie bei Bolkensberg gutommt in einseitiger Beije, muß von schweizerischen Artilleriestellungen übernommen werden und beibseitig burchgeführt werden können. Geftütt auf folche Forts zur Sperrung von Bafel, die einen Durchmarich durch die Rheinstadt verunmöglichen, sollte es möglich sein, von Deutschland und Frankreich ben Bergicht auf eigene Befestigungen zu erlangen, deren Geschütze Bajel beherrichen.

Wir dürfen uns nicht darauf verlassen, daß Besestigungen und Truppen eines Nachbarlandes den Durchmarsch gegnerischer Kräfte durch die Schweiz verhindern werden, wie das die "National-Zeitung" wünscht unter Besürwortung französischer Besestigungen bei Volkensberg-Pfirt "im Interesse der Schweiz". Das hat nicht nur etwas Entwürdigendes an sich, sondern ist auch im höchsten Grade gesährlich, weil wir durch eine solche Anlehnung an eine andere Armee schon im Frieden unsere Handlungsfreiheit preisgeben, während wir ja noch gar nicht wissen können, von welchem Nachbarland unsere Neutralität zuerst verletzt wird. Wir müssen uns seren Schutz aus eigener Kraft suchen, unabhängig von jedem Nachbar!

Gottfried Zeugin.

Kultur-und Zeitfragen

Bedankenfeten über Papierfeten und Verwandtes.

Natürlich war es ein Vertragsbruch und als solcher verwerslich. Aber ebenso fraglos ist es nicht der Sinn eines Vertrags, der das Mißstrauen ausräumen soll, wenn sich der eine Teil durch Bündnisse sichert, als ober an den Vertrag nicht glaube, und gleichzeitig doch seine Heiligkeit preist.